

Dresdner Volkszeitung

Verlagskonto: Leipzig.
Boden & Komp., Nr. 20618.

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Bankkonto:
Gef. Anstalt, Dresden.

Abonnementpreis mit der täglichen Unterhaltungsbeilage Leben, Wissen, Kunst einschließlich des Bezugslohn monatlich 1,20 M. Durch die Post bezogen monatlich 4,00 M., unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn N. 650. Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.
Expedition: Wettinerplatz 10. Tel. 25 261.
Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 6 Uhr abends.

Inserate werden die Tagesblätter mit 45 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt, ebenso auf Vereinsanzeigen. Inserate müssen bis spätestens 1/10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im Voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 41.

Dresden, Montag den 18. Februar 1918.

29. Jahrg.

Das Ende des Waffenstillstandes. — Baltische Hilferufe. Angriffe gegen die englische Regierung.

Reichstag.

Fehler der Reichsleitung. — Wachsende Schuldenlast. — Sozialpolitische Vorlagen. — Die Aussichten des Mehrheitsblocks.

Im schwerer Weltlage nimmt der Reichstag seine Arbeiten wieder auf. Der Friedensvertrag mit der Ukraine, dem der Reichstag zu Beginn seiner Verhandlungen die Genehmigung erteilen soll, ist gewiss ein tröstlicher Einblick in dieser düsteren Zeit. Aber zugleich haben sich neue große Schwierigkeiten auch im Osten eingestellt, die, weil sie fast unerwartet kommen und das Scheitern weitergehender Hoffnungen bedeuten, eine neue harte Belastungsprobe für unser Volk bedeuten. Im Westen stehen wir noch viel mehr vor schweren Ereignissen.

Es wird die Aufgabe des Reichstags sein, die Entwicklung der Kriegsergebnisse und der so fragwürdig verlaufenden Friedensverhandlungen einer gründlichen Prüfung zu unterziehen. Die sozialdemokratische Fraktion kann es keineswegs dabei bewenden lassen, daß die ganze Schuld an der Fortdauer des Krieges einseitig den gegnerischen Staaten zugeworfen wird.

Richtig ist, daß die Petersburger Marxisten-Regierung in West-Östmark zum Teil unerfüllbare Forderungen gestellt hat. So schwer aber die Schuld am Scheitern der West-Verhandlungen auf der Seite der Lenin und Trotzki ist, so ist damit die deutsche Politik nicht entschuldigt. Auch die Sozialdemokratie ist dem neuen Staatssekretär v. Nöthmann mit viel Vertrauen entgegengekommen, da seine ersten Reden im Reichstag und im Haushaltsausschuß die Absicht bekundeten, den Gedanken des Verständigungsfriedens fest und ernsthaft zur Entwicklung zu bringen. Aber die konstanten Friedensversuche, die Herr v. Nöthmann am 27. Dezember 1917 in Reichstag vorlegte, waren nicht geeignet, die Verhandlung mit den Petersburgern zu erleichtern. In weiten Kreisen Deutschlands mußte der Eindruck entstehen, daß die Eroberungsversuche auf die Haltung der deutschen Friedensunterhändler Einfluß bekommen haben. Die von uns sofort ausgesprochenen Vorwürfe haben sich als nur allzu berechtigt erwiesen. Wir stehen vor der Tatsache, daß der Friede mit Rußland nicht zustande gekommen ist und daß an Fronten, wo seit Monaten sich ein gutmachbarer Verkehr zwischen den Soldaten auf dieser und jener Seite gebildet hatte, von neuem der grimmige Kampf zu den Waffen eskaliert.

Es ist ungewiss, daß infolge dieses Verlusts der Dinge im Osten auch die Kriegslust bei den Westmächten noch weiter gehärtet worden ist. Die Möglichkeit, das zunächst zwischen Österreich-Ungarn und Amerika eine Brücke geschlagen werden kann, wie es auf Grund der Erfahrungen Gernungs und Wilsons erhofft werden mochte, ist verringert und das gesamte Verhältnis in Flandern und Frankreich nimmt einen Lauf, auch in bezug auf die Haltung der deutschen Reichsleitung zu Wilsons Aetion hat die Sozialdemokratie in den letzten Sitzungen des Haushaltsausschusses eindringliche Kritik über müssen. Wohl trifft es auch hier zu, daß mit Lloyd George und Clemenceau ein Verständigungsfriede unmöglich ist. Ebenfalls ist aber zu verkennen, daß der Reichsminister Graf Hertling durch seine recht lächerliche Haltung gegenüber Wilson nicht die Friedensbewegungen, die in England und Frankreich sich durchzusetzen bemüht sind, sondern die dortigen Kriegstreiber gehärtet hat. Wenn Graf Hertling es mit dem Programm des Verständigungsfriedens, zu dem er sich bei Antritt seines Amtes bekannt hat, ernstlich meint, so muß er das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Osten rückhaltlos freigeben, so daß er über die Wiederherstellung Belgiens und Frankreichs keinerlei Zweideutigkeiten bestehen lassen.

Außer den großen Kriegs- und Friedensfragen wird der Reichstag in dem bevorstehenden Tagungsabschnitt eine Fülle anderer Aufgaben zu erledigen haben. Bei der Beratung des Haushaltsplans für 1918 werden zahlreiche dringliche Angelegenheiten zu behandeln sein, allem voran wiederum die Ernährungsverhältnisse unseres Volkes. Der Haushaltsplan zeigt das gewaltige Anwachsen der Schulden des Reiches und der für den Zinsendienst erforderlichen Summen. Die für die Verzinsung der Reichsschuld erforderlichen Summen werden sich von 3 1/2 Milliarden im laufenden Jahre auf fast 6 Milliarden im Rechnungsjahre 1918/19 erhöhen. Zur Vereinfachung dieser Verträge werden die bisherigen Kriegssteuern entzerrt nicht aus. Ein ganzes Bündel neuer Steuergesetze steht in Aussicht und es ist zu befürchten, daß unter diesen Steuererlassen wiederum verschiedene sein werden, die nicht die Zahlungsfähigkeit, sondern den Verbrauch und den Verkehr der Volksmassen schwer treffen. Genaueres über die neuen Steuerpläne ist jedoch bis zur Stunde nicht bekannt.

Lebhafte Fliegertätigkeit.

(M. F. B.) Amlich, Großes Hauptquartier, den 18. Februar 1918.

Westlicher Kriegsschauplatz.

In vielen Stellen der Front lebte am Abend der Artilleriekampf auf. Infanterietätigkeit blieb auf Erkundungsgefechte beschränkt.

Bei Noyon Brokmeter waren die Flieger am Tage und in der Nacht sehr tätig.

Militärische Anlagen hinter der feindlichen Front wurden in großem Umfange mit Bomben belegt. Ein Flugzeug griff Noyon an.

In den beiden letzten Tagen wurden im Luftkampf und von der Erde aus 16 feindliche Flugzeuge und zwei Zeppelinluftschiffe abgeschossen.

Von den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der Luftangriff auf London.

London, 17. Februar. Amlich (Newsp.). Eine sehr feindliche Fliegerei näherten sich gestern Abend 9 Uhr 45 Min. der Themsemündung und führten einen Angriff gegen London aus. Die Fliegerei wurde zurückgetrieben bis auf eine, das am Flughafen entlang in die Stadt einbrach und im südwestlichen Bezirk eine einzige Bombe abwarf. Diese Bombe zerstörte ein Haus, das einen unbedeutenden Damm, eine kleine Iron und zwei Kinder begab. Mehrere andere Bomben wurden von dem Angreifer auf keinem Heimwege in den südlichen Küstenbezirk abgeworfen; doch wurden weder ernstliche Verluste noch Schaden gemeldet. Ein Angriff wurde 10 Uhr 45 Min. gegen Dover unternommen, der abgemittelt wurde. Einige Bomben wurden auf freies Feld abgeworfen. Einige unserer Flieger verfolgten den Feind in Kämpfe. Einer von unseren Fliegern hatte einen Kampf über der Küste von Kent, und kurz darauf sah man vom Strand aus, wie ein großes feindliches Flugzeug in die See stürzte. Berichte über Verluste und Schäden sind noch nicht eingelaufen, doch sind sie augenscheinlich sehr.

Feiner ist bereits bekannt, daß — abgesehen von dem von uns schon besprochenen Weg über die Vermehrung der Waffentätigkeit — verschiedene sozialpolitische Gegenentwürfe dem Reichstag vorgelegt werden sollen. Es handelt sich um das Arbeitskammergesetz, um die Festsetzung der Lohnbestimmungen gegen das Koalitionsrecht der Arbeiter und um die bevölkerungspolitische Vorlage zur Bekämpfung geschlechtlicher Krankheiten. Die endliche Durchführung der seit so vielen Jahren geforderten sozialpolitischen Reformen ist bei der Bildung der jetzigen Regierung mit den Mehrheitspartei des Reichstags verhandelt worden. Es ist hohe Zeit, daß die gegebenen Vorlagen in bestmöglicher Weise und in vollem Umfange eingeleitet werden.

Sicherlich wird das vorkühnliche Wahlrecht in den Debatten des Reichstags eine wesentliche Rolle spielen. Die neuerlichen Erklärungen der preussischen Regierungsvertreter und der Reichsleitung hatten einen erstaunlich klaren und feilen Klang. Da die preussische Wahlrechtsfrage eine deutsche Reichsfrage ersten Ranges ist, so wird die Sozialdemokratie vom Reichstage aus mit allem Nachdruck das maßlos triviale Treiben bekämpfen, das die innerlich-ideologischer Parteien im preussischen Verfassungsausschuß anführten.

Die in letzter Zeit, besonders in Verfolg der Streikbewegung vielerörterte Frage nach dem weiteren Bestehen des Mehrheitsblocks kann ihre endgültige Verantwortung erst mit dem Verlauf der weiteren politischen Weichenfindung finden. Die Mehrheitsbildung, die sich im Juli 1917 anbahnte, bedeutete vom Standpunkte der Sozialdemokratie einen nicht geringen Fortschritt. Sie sollte ihre Aufgabe und ihren Zweck haben in der Abweisung der alldeutschen Eroberungspolitik, in der Durchführung des Verständigungsfriedens, aber auch in der Schaffung innerpolitischer Reformen. Die Sozialdemokratie kann nicht daran denken, diese Mehrheitsbildung ohne zwingenden Anlaß breitzugeben zu wollen. Denn der Jerschall dieser Mehrheit würde, wie die Dinge bei uns liegen, den Triumph der Konservativen und ihrer national-liberalen Gesinnungsverwandten herbeiführen. Andererseits ist es selbstverständlich, daß ein Zusammengehen unserer Partei mit anderen Parteien nur so lange funktionsfähig und möglich ist, als die ursprünglichen Ziele der Parteienkombination treu bewahrt werden. Durch die Agitationen der Vaterlandspartei und durch die für Deutschland gütliche militärische Entwicklung während des letzten Halbjahres ist aber offensichtlich die Innerlichkeit des Jerschalls wieder wie des Jerschalls stark auf die Probe gestellt worden. Es tritt an diese Parteien die Verbindung heran, vom Verständigungsfrieden abzuweichen und der Reichsleitung für eine Politik Raum zu gewähren, die weniger der Sozialdemokratie und desto mehr der Eroberungspläne entsprechen kann. Nach den Mitteilungen der Germania ist jedoch in den neuesten Vespredungen innerhalb der Reichsleitung das

Ergebnis erzielt worden, daß die Reichsleitung einheitlich und geschlossen an der November-Vereinbarung zwischen ihr und den Mehrheitspartei festhält. Solange dies der Fall ist, aber auch nur so lange, ist die Fortführung des bisherigen Stütztes für die Sozialdemokratie annehmbar. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokratie, in der bevorstehenden Tagung des Reichstags mit aller Energie dahin zu arbeiten, daß die von der Reichsleitung begangenen Fehler wieder gut gemacht werden und daß die Politik des 4. August 1914 und des 19. Juli 1917 in voller Klarheit und Ehrlichkeit zur Durchführung gelangt.

Unklarheit im Osten.

Nach vielen Gerüchten und Andeutungen der Mächte gibt die deutsche Regierung nunmehr den Standpunkt bekannt, den sie zu der bolschewistischen Erklärung über Beendigung des Kriegszustandes einnimmt. Das Ergebnis der Beratungen im Großen Hauptquartier lautet in der amtlichen Darstellung:

In seiner bekannten Erklärung vom 10. Februar hat Herr Trocki zwar für Rußland die Beendigung des Kriegszustandes und die Demobilisierung verkündet, zugleich aber die Unterzeichnung eines Friedensvertrages abgelehnt. Er hat sich geweigert, an einer ihm vorgeschlagenen Resolution, in der ihm die Entschlüsse des Bundes mitgeteilt werden sollten, teilzunehmen und hat die Verhandlungen abgebrochen. Durch die einschlägige russische Erklärung ist selbstverständlich der Kriegszustand nicht beseitigt und der Friedenszustand nicht an seine Stelle gesetzt worden. Vielmehr hat die Weigerung, einen Friedensvertrag zu unterzeichnen, die Fortsetzung des Kriegszustandes unmöglich gemacht. Gerade zur Verhinderung eines Friedens aber war der Waffenstillstandsvertrag vom 13. Dezember 1917, wie der Vertrag in seiner Einleitung ausdrücklich hervorgehoben, abgeschlossen worden. Mit dem Zerstoßen des Friedens hat daher das bolschewistische Rußland auch die Fortdauer des Waffenstillstandes verstoßen. Dieser Zerstoßen ist bei der Entscheidung abzuwägen. Die kaiserliche Regierung stellt hiernach fest, daß die Petersburger Regierung durch ihr Verhalten den Waffenstillstand vollständig gelündigt hat. Diese Kündigung ist als am 10. Februar erfolgt anzusehen. Die deutsche Regierung muß sich demgemäß nach Ablauf der vertraglich vorherbestimmten Kündigungsfrist freie Hand nach jeder Richtung vorbehalten.

Die siebenjährige Kündigungsfrist des Waffenstillstandes ist gestern abgelaufen und wir stehen vor der Frage: Was nun? Durch den bolschewistischen Schwachsinn, der die Friedensverhandlungen endgültig zerbrach, eröffnen sich im Osten neue Schwierigkeiten und neue Möglichkeiten. Ein Chaos wurde geschaffen, an dem die Verbündeten Regierungen stark mitschuldig sind. Nachdem durch die willkürlichen Auslegungen des Selbstbestimmungsrechts durch Kämpfmann die Verhandlungen auf eine Bahn des Streits und des Mißtrauens geschoben worden waren, stieg in den russischen Unterhändlern die Reizung, auf die erwartete Revolution in den Westländern zu hoffen und zu harren. Diese Hoffnung muß sich zwar als trügerisch erweisen, denn Völker, die wie das deutsche noch von eroberungslustigen Feinden bedroht sind, haben ein zu starkes Interesse an der Landesverteidigung. Aber durch den bolschewistischen Schwachsinn wird die deutsche Regierung in jenen ausgedehnten Kreisen, die durch die Länge des Krieges und die Besessenheit unserer Reaktion verstimmt und erbittert sind, leicht der Angriffslust und des Friedensbruchs zu verhängen sein. Schon deshalb muß sie sich im Osten vor Schritten hüten, die etwa wie Eroberungen aussehend.

Die Wünsche, die unsere Alldeutschen mit dieser neuen Situation verbinden, sind ja nicht allzu schwer zu erraten. Man braucht nur die Kommentare zu lesen, die die Kreuzzeitung, Deutsche Tageszeitung und Geiswässer an die Grenzmeldungen aus Estland und Livland knüpfen. Angelegentlich sollen dort bolschewistische Lande wie die Nordbaltischen Inseln und jeden Deutschen für vogelfrei erklärt haben. Es ist leicht auszudividen, daß in verächtlichen Provinzen Rußlands infolge der allgemeinen staatlichen Desorganisation alle Schranken gefallen sind, daß Wünderorden lezend durch die Lande ziehen und sich durch Bolschewistik nennen, ohne von den politischen Ideen des Bolschewismus oder Sozialismus etwas begriffen zu haben. Wie weit nun die Nachrichten aus den baltischen Provinzen richtig sind, ist nicht zu kontrollieren. Wahrscheinlich sind sie, wie so viele Nachrichten aus Rußland, weit übertrieben. Aber selbst wenn sie sich in vollem Umfange bemächtigten, so könnte das für Deutschland keinen Grund abgeben, deswegen Truppen in diese Gebiete einzuschicken zu lassen.

Umso anderer ist es, ob aus Gründen der militärischen Sicherung eine Verstärkung und Verchiebung der Ostfront wünschenswert ist. Denn wir haben keinerlei Garantien dafür, ob nicht morgen wieder in Petersburg ein energiegeland-